



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
5. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018
am Dienstag, 04.03.2014

Ort: SeniorenInnenEinrichtung Prassekstraße, Prassekstraße 6, 23566 Lübeck
Beginn: 16:06 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD

Michelle Akyurt- Bü90

Antje Jansen- LINKE

2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90

Heidmarie Menorca- CDU

Peter Petereit- SPD

Henning Stabe- CDU

bis 19.01 Uhr

Thomas Thalau- CDU

bis 18.44 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf- CDU

Natalie Regier- BfL

Antje Roepke- SPD

bis 18.44 Uhr

Uwe Sanders- FDP

Ulrike Siebdrat- SPD

bis 19.05 Uhr

Sascha Trakowski- Die PARTEI-PIRATEN

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Monika Borso-
Dr. Ralf Cumberow-
Conja Grau-
Ulrike Harnack-
Marion Höfs-
Jörg Kaminski-
Ulrich Kewitz-
Sigrid Roggensack-
Matthias Schröder-
Matthias Wulf-

Protokollführung

Britta Bormann-

Gäste

Dario Arndt- Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH
Karina Glisovic- Personalrat SIE
Silke Graff- Personalrat SIE
Beate Herrmann- Personalrat SIE
Werner Macziew- Seniorenbeirat
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck
Sylvia Topel- Personalrat SIE

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Feststellung der Niederschrift vom 04.02.2014
5. Mitteilung des Vorsitzenden
6. Berichte
 - 6.1. Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInneneinrichtungen (SIE)
-ständiger mündlicher Sachstandsbericht-
 - 6.2. Umschichtung von Mitteln für Eingliederungsleistungen in den Verwaltungshaushalt innerhalb des Jobcenters Lübeck
-mündlicher Bericht Herr Tag-
7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. INTERREG 5 A
hier: Zustimmung zum Operationellen Programm
Vorlage: VO/2014/01365
8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
 - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 04.03.2014
Vorlage: VO/2014/01380
 - 9.2. Sachstand Armuts- und Sozialbericht 2012
10. Anfragen
 - 10.1. Soziale Stadt Moisling
Antwort auf die Anfrage von AM Michelle Akyurt vom 04.02.2014

- 10.2. Situation der Spätaussiedler in der Hansestadt Lübeck
Anfrage des Ausschuss-Mitgliedes Natalie Regier
Vorlage: VO/2014/01343

- 10.3. Unterbringung von Asylsuchenden
Anfrage des Ausschussmitgliedes Natalie Regier
Vorlage: VO/2014/01341

- 11. Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

- 12. Verschiedenes

- 14. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Zunächst begrüßt der Vorsitzende Herrn Pastor Gusek von der Gemeindediakonie und erteilt ihm das Wort.

Herr Gusek teilt mit, er werde nach Schwerin gehen und dort seine neue Tätigkeit als Leiter der Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland aufnehmen.

Herr Gusek dankt den Mitgliedern des Ausschusses für die Zusammenarbeit und lädt zu seiner offiziellen Verabschiedung am 11.04.2014 um 11.30 Uhr in der St.-Aegidien-Kirche ein.

Der Vorsitzende wünscht Herrn Gusek alles Gute für die Zukunft.

Außerdem begrüßt der Vorsitzende die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Als Mitglied des Seniorenbeirats begrüßt der Vorsitzende Herrn Macziew.

Außerdem wird Herr Arndt von der Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH begrüßt, der zusammen mit Frau Grau zum Thema „INTERREG 5 A-Programm“ vortragen wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass alle anwesenden Ausschussmitglieder bereits verpflichtet worden sind.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende teilt mit, dass unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ heute weiterhin zu folgendem Thema Mitteilungen gegeben werden:

9.2 Sachstand Armuts- und Sozialbericht 2012

Es ist vorgesehen, die Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um die Vorlage zum Thema „INTERREG 5 A; hier: Zustimmung zum Operationellen Programm“ zu erweitern.

Frau Grau begründet die Dringlichkeit der Vorlage.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit einstimmig mit 15 Ja-Stimmen.

Die Vorlage wird dem TOP 7.1 zugeordnet.

Weiterhin liegt ein Dringlichkeitsantrag von Frau Menorca zum Thema „Senioren- und Freizeitpass/Aufhebung Sperrfrist“ vor.

Frau Menorca begründet die Dringlichkeit ihres Antrags.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Der Antrag erhält damit keine Dringlichkeit und wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem liegt ein Bericht der Verwaltung „zum aktuellen Sachstand nach Einführung des Kommunalen Förderbudgets 2011-2014 in der Hansestadt Lübeck für den sozialen Wohnungsbau“ vor, der unter TOP 13.1 nichtöffentlich beraten werden soll.

Nach dem mit Wirkung vom 13.04.2012 neu gefassten § 35 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein ist die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen einzelner es erfordern. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit ist im Einzelfall auf Antrag der Verwaltung oder eines Ausschussmitgliedes durch den Ausschuss für Soziales zu entscheiden. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Ausschusses.

Über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden; ohne Beratung über den Antrag wird in öffentlicher Sitzung entschieden. Die Verwaltung hat eine kurze Begründung für den Ausschluss der Öffentlichkeit in ihren Bericht auf Seite 3 aufgenommen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Bericht wird unter dem TOP 13.1 nichtöffentlich beraten.

Unter TOP 13.2 ist ein mündlicher Bericht von Frau Roggensack und Herrn Kaminski zur „aktuellen Wirtschaftslage der SeniorInneneinrichtungen (Quartalsbericht IV/2013)“ vorgesehen.

Herr Senator Schindler begründet kurz den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der mündliche Bericht wird unter dem TOP 13.2 nichtöffentlich beraten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 4 Feststellung der Niederschrift vom 04.02.2014

Zur Niederschrift Nr. 4 über die Sitzung des Ausschusses für Soziales am 04.02.2014 gab es im Vorwege keine Anmerkungen, weder schriftlich noch mündlich.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift ist damit festgestellt.

TOP 5 Mitteilung des Vorsitzenden

5.1 Termininformationen

Vor Sitzungsbeginn wurden Termininformationen für die nächste Sitzung des Ausschusses umverteilt.

5.2 Zeitschrift „Gesunde Städte-Nachrichten“

Vor Sitzungsbeginn wurde die neueste Ausgabe der „Gesunde Städte-Nachrichten“ umverteilt.

5.3 Getränke/Besichtigung der Einrichtung

Die MitarbeiterInnen der Einrichtung haben für die Anwesenden Kaffee, Kekse und Kaltgetränke bereitgestellt. Frau Roggensack bittet, bei Inanspruchnahme 1 € pro Person zu entrichten.

Bei Interesse besteht nach Sitzungsende die Möglichkeit, die Einrichtung zu besichtigen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6 Berichte

TOP 6.1 Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInneneinrichtungen (SIE) -ständiger mündlicher Sachstandsbericht-

Frau Roggensack stellt einleitend die SIE Prassekstraße vor.

Herr Kaminski stellt dar, dass im Rahmen der wirtschaftlichen Sanierung nun die abschließenden Abstimmungen mit den Gutachtern zur energetischen Beratung für 4 der Stiftungshäuser erfolgen. Nach Gutachtenvorlage erfolgt die Abstimmung aller Beteiligten zu den Schlussfolgerungen daraus, die dann zu einem Konzept zusammengefasst werden. Der Ausschuss wird sodann eingebunden.

Des Weiteren laufen Untersuchungen zu den SIE-internen operativen Abläufen in Verbindung mit der Prüfung der Möglichkeiten des vermehrten Einsatzes von insbesondere EDV-gestützten Verfahren.

Herr Kaminski stellt daraufhin dar, dass in 2013 erstmalig folgende zwei Aspekte sehr auffällig waren:

- Verschiebungen im sogenannten „Pflegestufen-Mix“ und
- die Auswirkungen der Kurzzeitpflege nach dem ersten kompletten Jahr nach Einführung.

Frau Roggensack erläutert, dass sich die Prognose des Jahresergebnisses 2013 durch verschiedene Faktoren verändert hat.

Die Pflegestufenstruktur hat sich in 2013 zu Lasten der Pflegestufe 3 verändert. Bei Neuaufnahmen kamen i.d.R. Menschen verstärkt mit der Pflegestufe 1. Die Verschiebungen der Pflegestufen können die SIE nicht steuern, da diese durch den Medizinischen Dienst der Kassen festgestellt werden.

Weiterhin teilt Frau Roggensack mit, dass sich die Fluktuationsquote von rd. 51 % auf rd. 69 % im Jahre 2013 erhöht hat. Die Fluktuation entsteht unter anderem durch erhöhte Sterbequote, oder auch durch die Zunahme von Kurzzeitpflegefällen, die sich bei den SIE im Jahre 2013 mehr als verdoppelt haben. Die Sterbequote hat sich insbesondere im Februar/März 2013 erhöht, vermutlich bedingt durch den langen Winter, wie bereits auch schon in den Lübecker Nachrichten vom Gesundheitsamt berichtet wurde; weiterhin sind auch vermehrt viele „Langzeit-BewohnerInnen“ verstorben.

Grund der gestiegenen Kurzzeitpflegefälle sind insbesondere die Zugänge aus Krankenhäusern, die in der Regel „schnell“ entlassen und somit aus Vereinfachungsgründen = Kostengründen die Patienten in Pflegeeinrichtungen als Kurzzeitpflegefälle abgeben. Die SozialarbeiterInnen sparen sich dadurch aufwendige Sozialhilfeanträge zur Deckung der Heimkosten.

Diese Faktoren sorgen für vermehrten Leerstand.

Fragen von Herrn Stabe, Frau Menorca, Frau Akyurt, Frau Roepke und Herrn Sanders beantworten Frau Roggensack und Herr Schröder.
Auf die Frage von Herrn Schaffenberg, was die Vertreter des Personals zu der aufgezeigten Entwicklung sagen, erteilt der Vorsitzende Frau Graff und Frau Topel das Wort.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 6.2 Umschichtung von Mitteln für Eingliederungsleistungen in den Verwaltungshaushalt innerhalb des Jobcenters Lübeck -mündlicher Bericht Herr Tag-

Vor Sitzungsbeginn wurde eine Tischvorlage umverteilt, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Tag führt anhand dieser Tischvorlage zum Thema aus.

Auf Nachfrage von Frau Akyurt erklärt Herr Tag, die Sitzungen des Beirats seien aufgrund der Regelung in der Geschäftsordnung nicht öffentlich.

Der Vorsitzende erklärt, alle Fraktionen seien im Beirat vertreten; die Mitglieder hätten die Möglichkeit, ihre Fraktionen zu unterrichten.

Herr Klinkel erklärt, aufgrund der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen empfinde er die Berichterstattung als „Gratwanderung“.

Herr Tag sagt zu, die Unterlagen zu den Beiratssitzungen künftig nicht nur den Mitgliedern, sondern auch den Stellvertretern per e-mail zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende wird in seiner Funktion (auch) als Vorsitzender des Beirats die Frage des Umgangs mit der Öffentlichkeit prüfen und dazu in der nächsten Beiratssitzung berichten.

Es sprechen außerdem Frau Jansen, Herr Schaffenberg sowie Herr Stabe.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 **Beschlussvorlagen**

TOP 7.1 **INTERREG 5 A
hier: Zustimmung zum Operationellen Programm
Vorlage: VO/2014/01365**

Herr Arndt stellt das grenzübergreifende Programm „INTERREG 5 A“ vor und verweist auf die Ausführungen in der Begründung der Vorlage.
Herr Senator Schindler führt dazu ergänzend aus, dass der Sozialausschuss - wie auch alle anderen Ausschüsse der Hansestadt Lübeck - über das Programm unterrichtet werden soll, da viele verschiedene Bereiche betroffen sind.

Fragen von Frau Regier, Frau Menorca und Frau Akyurt beantwortet Herr Arndt.

Der Vorsitzende lässt über die Empfehlung des Ausschusses zu folgendem Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Die Hansestadt Lübeck stimmt dem Inhalt des Deutsch-Dänischen INTEREG 5 A Programms für die Förderperiode 2014 – 2020 (inkl. der Auslaufjahre) zu.
2. Der Bürgermeister oder sein Vertreter wird ermächtigt, in seinem Ermessen eventuelle Programmänderungen, die sich im weiteren Entwicklungsprozess zeigen, zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 8 **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

TOP 9 **Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**

TOP 9.1 **Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 04.03.2014
Vorlage: VO/2014/01380**

Die Liste der nicht erledigten Tagesordnungspunkte liegt den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Frau Jansen fragt nach dem Sachstand zu der lfd. Nr. 2 der Liste (“Resolution Frauenhausplätze“, Antrag der Fraktion BÜ90/Die Grünen). Frau Akyurt erklärt, sie werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses dazu Stellung nehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.2 Sachstand Armuts- und Sozialbericht 2012

Herr Wulf berichtet zum aktuellen Sachstand „Armuts- und Sozialbericht“.

Der Bereich Soziale Sicherung hatte dem Sozialausschuss in der Sitzung am 07.05.2013 ein Grobkonzept, die Beteiligungsstruktur und die Zeitschiene für die Erstellung des Berichts vorgestellt. Die Kernarbeitsgruppe mit Herrn Bender (Bereich Statistik), Frau Nötzel (Gesundheitsamt), Frau Albrecht und Frau Heidig (beide Fachbereich 4), Frau Schmittner (Frauenbüro) sowie Frau Scharrenberg/Fr. Schwartz und Herrn Wulf (Soziale Sicherung) tagt seither regelmäßig.

Nach dem Wechsel von Frau Scharrenberg in den Fachbereich 4 liegt die Federführung für den Bericht nunmehr bei Frau Schwartz (Soziale Sicherung). Die aufwendige Erstellung der einzelnen Kapitel des Berichtes erfolgt durch die o.g. Mitglieder der Kernarbeitsgruppe.

Die Zeitschiene konnte bislang trotz des Wechsels in der Federführung gehalten werden. Die Vorlage des Berichtes in der Bürgerschaft wird weiterhin bis September 2014 angestrebt.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Mitgliedern der Kernarbeitsgruppe für die bisher geleistete Arbeit.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10 Anfragen

TOP 10.1 Soziale Stadt Moisling Antwort auf die Anfrage von AM Michelle Akyurt vom 04.02.2014

Frau Akyurt hatte Herrn Senator Schindler in der Sitzung am 04.02.2014 gebeten, in der heutigen Ausschusssitzung einen Vorschlag zu unterbreiten, in welchen Zeitabständen im Ausschuss für Soziales über das Programm „Soziale Stadt Moisling“ berichtet werden kann, insbesondere in Abstimmung mit dem Bauausschuss.

Herr Senator Schindler erklärt, er habe diesbezüglich beim Bausenator nachgefragt und von Herrn Selk (Fachbereich 5) folgende Rückmeldung erhalten:

„Zur Umsetzung von "Soziale Stadt Moisling" erfolgten bislang zwei mündliche Berichte im Sozialausschuss (03/2013 und 12/2013). Außerdem wurden die politischen Sprecher der Fraktionen zu den insg. fünf durchgeführten Stadtteilveranstaltungen in 2013 eingeladen. Ein Vor-Ort-Informationstermin für PolitikerInnen zur Beratung des Schlussberichts der vorbereitenden Untersuchungen ist vorgesehen (voraussichtlich April/Mai 2014).

Zusammenfassender Vorschlag zur Berichterstattung, Information und Beteiligung des Sozialausschusses am Prozess "Soziale Stadt Moisling":

- Fortwährende Beteiligung des Ausschusses bei Beschlussvorlagen und wesentlichen Prozessschritten
- zwei mündliche Berichterstattungen im Ausschuss pro Jahr (Ihren Terminvorschlägen folgend - gerne am 01.04.2014 und 02.09.2014)
- einen jährlichen "Politiktermin" vor Ort (Stadtteilspaziergang und Informationsrunde)
- Einladung der politischen SprecherInnen zu den öffentlichen Beteiligungs-/Informationsveranstaltungen im Stadtteil.“

Frau Akyurt begrüßt diese Vorgehensweise.

Fragen von Frau Regier und Frau Jansen beantwortet Herr Senator Schindler.
Außerdem spricht Herr Schaffenberg.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 10.2 Situation der Spätaussiedler in der Hansestadt Lübeck
Anfrage des Ausschuss-Mitgliedes Natalie Regier
Vorlage: VO/2014/01343**

Zu den Fragestellungen von Frau Regier führt Herr Kewitz folgendes aus:

Seit ca. 12 Jahren hat die Hansestadt Lübeck stetig abnehmende Zuweisungszahlen von Spätaussiedlern zu verzeichnen (in den letzten 4 Jahren: 2010=8 Pers., 2011=5 Pers., 2012=9 Pers., 2013=7 Pers.).

Die Unterbringung erfolgt in der Unterkunft Steinrader Weg 9. Die durchschnittliche Verweildauer bis zum Bezug einer eigenen Wohnung beträgt 7 Monate.

Spätaussiedler können vom ersten Tag an SGB II-Leistungen beziehen.

Eine Beratung erfolgt durch die Migrationserstberatung der Gemeindediakonie; dies ist ein vom Bund finanziertes Angebot. Ergänzend erfolgt eine Betreuung durch die Betreuer der Gemeindediakonie vor Ort.

Z.Zt. bewohnt kein/e SpätaussiedlerIn die o.g. Unterkunft.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 10.3 Unterbringung von Asylsuchenden
Anfrage des Ausschussmitgliedes Natalie Regier
Vorlage: VO/2014/01341**

Herr Kewitz führt zu der Anfrage von Frau Regier folgendes aus:

Am 25.02.2014 hat das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein den Erstattungserlass zur Anerkennung von Unterkünften für Asylsuchende neu gefasst. Danach ergibt sich folgende Vorgabe zur Anerkennung durch das Land:

Im Unterschied zu in kommunaler Verantwortung betriebenen Unterkünften, bei denen das Land 70% der tatsächlich im Einzelfall entstehenden Kosten der Unterkunft erstattet, werden 70% der Personal- und Sachkosten für den Betrieb einer anerkannten Unterkunft seitens des Landes an die Kommune erstattet. Bewohner einer anerkannten Unterkunft sollen grundsätzlich Bezieher nach dem AsylbLG mit einer Aufenthaltsgestattung sein.

Eine anerkannte Unterkunft sollte:

- als kommunale Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende fungieren und damit der Orientierung in dem neuen Lebensumfeld dienen. Die regelmäßige Aufenthaltsdauer soll auf 6 Monate begrenzt sein.
- ein schriftliches Betreuungskonzept als Grundlage haben

- mind. 40 Plätze und max. 100 Plätze vorhalten
- grundsätzlich in Trägerschaft der Kommune betrieben werden. Betrieb und Betreuung kann aber auch an Dritte übertragen werden, hier muss aber ein Weisungsrecht der Behörde geregelt, sowie die fachliche und soziale Kompetenz abgesichert sein.
- eine Anbindung an den ÖPNV haben und die Erreichbarkeit von medizinischen, schulischen und sonstigen Einrichtungen des tgl. Lebens sichergestellt sein.
- eine Wohnfläche von mind. 8 qm pro Person (6 qm persönlicher Gebrauch und 2 qm Gemeinschaftsfläche) vorhalten
- die Möglichkeit zur Selbstverpflegung bieten
- die Unterbringung von Familien in möglichst abgetrennten Wohneinheiten bieten
- die getrennte Unterbringung von alleinstehenden Frauen und Männern ermöglichen
- ein Spielzimmer für Kinder und Schularbeitsraum bieten
- Freiflächen für Sport, Spiel und Erholung (Sitzbänke) in der Nähe bieten

Weitere Prüfungen erfolgen auf das jeweilige Objekt abgestimmt, insbesondere auf die Einhaltung der Vorschriften des Brandschutzes und der Hygienebestimmungen.

Herr Senator Schindler erinnert an die Ankündigung des Landes im Oktober 2012, die Hansestadt Lübeck bei der Aufgabe der Unterbringung von Asylsuchenden zu unterstützen. Der neu gefasste Erstattungserlass zur Anerkennung von Asylunterkünften sei nun der erste konkrete Schritt und eröffne die Möglichkeit der finanziellen Entlastung der Hansestadt Lübeck bei dieser Aufgabe.

Auf Nachfrage von Frau Regier führt Herr Kewitz aus, der zuständige Mitarbeiter des Innenministeriums habe aufgrund des neu gefassten Erlasses eine positive Bescheidung seiner 3 Anträge auf Anerkennung in Aussicht gestellt.

Frau Regier bittet um weitere Unterrichtung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 11 Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 12 Verschiedenes

Frau Menorca stellt folgende Frage:

Das Krankenhaus in Travemünde hat bis 2020 einen gesicherten Standort. Wie geht es dann weiter?

Herr Senator Schindler sagt eine Prüfung zu.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bittet die Öffentlichkeit darum, den Sitzungssaal zu verlassen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

TOP 14 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil zwei Berichte der Verwaltung behandelt worden sind.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 01.04.2014, im VZM Mühlentor statt.

Lübeck, den 2. April 2014

Gez. Andreas Sankewitz
Vorsitzender

Gez. Britta Bormann
Protokollführung